

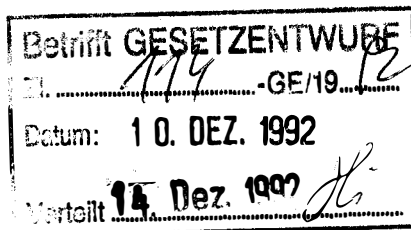


24/SN-228/ME

ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

An das
Bundesministerium für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr
Postgasse 8
1011 W i e n

Zl. 308/92



DVR: 0487864

PW/NC

St. Klausgraber

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend das Fernmelde-
wesen (Fernmeldegesetz 1993)
GZ. 122960/III-25/92

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag dankt für die Übermittlung des oben angeführten Gesetzesentwurfes und gibt beiliegende Stellungnahme, die von der Rechtsanwaltskammer für Kärnten vorbereitet wurde, ab.

Wien, am 25. November 1992

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



Dr. Schuppich

Für die Richtigkeit der Ausfertigung
der Generalsekretär

Dr. Schuppich

Beilage



ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

S T E L L U N G N A H M E

Zu § 12 (1) Z. 3:

Nach dieser Bestimmung kann der Antrag auf Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb einer Fernmeldeanlage abgelehnt werden, wenn der Antragsteller trotz Mahnung mit der Bezahlung der Bewilligungsgebühren im Rückstand ist.

Damit können - da die beantragte Fernmeldeanlage noch nicht errichtet sein und nicht betrieben werden kann - nur Bewilligungsgebühren für andere Fernmeldeanlagen gemeint sein. Da die Fernmeldebehörde (künftig Fernmeldebüro) grundsätzlich dem Kontrahierungszwang unterliegt und der Gesetzesentwurf vom bisherigen hoheitsrechtlichen Denken abgeht und zum betriebswirtschaftlichen Partnerschaftsdenken überleitet, erscheint die vorgeschlagene Textversion nicht absichtskonform. Dem Fernmeldebüro würde die Möglichkeit geboten, sich mit einem Antrag auf Bewilligung der Errichtung und des Betriebes einer Fernmeldeanlage erst gar nicht zu beschäftigen und die Ablehnung auszusprechen, wenn (zum Beispiel) der Antragsteller versehentlich eine Fernmeldegebühr, die irgendeine andere Fernmeldeanlage betrifft, nicht bezahlt hat.

Zu § 12 (3) Z. 2:

Hinsichtlich der Ablehnung des Antrages auf Bewilligung zur Einfuhr, Herstellung oder zum Betrieb von Funkanlagen, gilt vollinhaltlich das zu § 12 (1) Z. 3 Gesagte.

- 2 -

Bei wirtschaftlich-partnerschaftlichem Denken ist nicht einzusehen, warum bestimmte Geräte nicht hergestellt, eingeführt oder betrieben werden können, wenn der Antragsteller mit der Bezahlung irgendeiner anderen Bewilligungsgebühr im Rückstand ist. Auch die Fernmeldeverwaltung muß sich - wie jede andere am wirtschaftlichen Verkehr Teilnehmende - um die Einbringung der ihr zustehenden Gebühren bemühen. Der vom Gesetzesentwurf vorgesehene Konnex (wirtschaftliches Zwangsmittel) zwischen Erteilung einer Bewilligung einerseits und Hereinbringung von Gebühren andererseits könnte ein Instrument zur schnellen Ablehnung von Anträgen bilden.

Zu § 30 (2):

Diese Bestimmung des Gesetzesentwurfes normiert, daß der Geheimnismißbrauch nur auf Antrag des Inhabers der Fernmeldeanlage, von der die aufgezeichnete, mitgeteilte oder verwertete Nachricht übermittelt wurde, zu verfolgen ist.

Die Wichtigkeit des Schutzes des Fernmeldegeheimnisses wird nicht nur national, sondern auch international als ein Schwerpunkt der Regelung des Nachrichtenverkehrs angesehen (analog Briefgeheimnis). Die Geheimhaltungspflicht wird im § 3 des Gesetzesentwurfes eindringlich normiert.

Aus Gründen des besonderen Schutzes der Geheimhaltungspflicht ist die Kompetenz zur Durchführung des Strafverfahrens nicht in den Verwaltungsstrafbestimmungen enthalten, sondern dem Gericht übertragen.

Es ist durchaus denkbar, daß der Inhaber einer Fernmeldeanlage selbst überhaupt nicht erfährt, daß Nachrichten, die von der von ihm betriebenen Fernmeldeanlage ausgehen, aufgezeichnet, mitgeteilt oder verwertet worden sind. Wohl aber ist möglich, daß Fernmeldebüros (bisher Fernmeldebehörde) von amtswegen Kenntnis von solchen Vorgängen erhalten.

- 3 -

In konsequenter Beurteilung der Wichtigkeit des Geheimnisschutzes müsste der im § 30 (1) des Gesetzesentwurfes unter Strafan drohung gestellte Geheimnismißbrauch als Officialdelikt nor miert werden.

Zu § 41 (1):

Der Gesetzesentwurf sieht vor, daß Geschäftsbedingungen ein schließlich der Entgeltregelungen bis zu 3 Jahren nach Inkraft treten des Gesetzes erlassen werden können.

Übergangsbestimmungen sind vorgesehen (§ 41 Abs. 2 und 3 des Gesetzesentwurfes).

Geschäftsbedingungen und Regelungen über zu leistende Entgelte sind Essentiale eines Rechtsgeschäftes, gegenständlich eines Vertrages zwischen dem Benützer/Betreiber einer Fernmeldeanlage und dem den Fernmeldeverkehr regelnden Fernmeldedienst. Sie sollten gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes vollin haltlich bekannt sein und verbindlich werden.

Allfällig erforderlich werdende Abänderungen müßten gesondert in Kraft gesetzt werden.